

FRAUEN IN DER TÜRKEI – KEIN SCHUTZ VOR GEWALT

AMNESTY INTERNATIONAL



Demonstration in Istanbul gegen den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention

FRAUEN IN DER TÜRKEI – KEIN SCHUTZ VOR GEWALT

EIN ERSCHECKENDES AUSMASS AN GEWALT GEGEN FRAUEN

In der Türkei wird im Durchschnitt jeden Tag eine Frau ermordet, die Zahl der Femizide ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Für das Jahr 2021 hat die Plattform „Wir werden die Frauenmorde stoppen“ (Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu) 280 ermordete Frauen namentlich aufgeführt, 217 weitere Frauen wurden unter ungeklärten Umständen tot aufgefunden.

Im Jahr 2022 erhöhte sich die Zahl der Femizide auf 334, unter ungeklärten Umständen tot aufgefunden wurden 245 Frauen. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer viel höher liegt. Nicht berücksichtigt in dieser Statistik sind die zahlreichen versuchten Morde, bei denen Frauen oft schwer verletzt werden, sowie die alltägliche häusliche Gewalt, von der auch Kinder massiv betroffen sind.

STAATLICHER SCHUTZ – FEHLANZEIGE

Trotz der weit verbreiteten Gewalt gegen Frauen hat der türkische Präsident Recep Erdoğan am 20. März 2021 ohne Zustimmung des Parlaments den Austritt der Türkei aus der „Istanbul-Konvention“ zum Schutz von Frauen gegen Gewalt verkündet. Begründet wurde dies mit der Behauptung, die Konvention gefährde die „familiären Werte“ der Türkei und stelle Homosexualität als normal dar – Letzteres weil die Konvention die gleichen Schutzansprüche auch für lesbische und transgeschlechtliche Frauen festlegt.

Diese Entscheidung hatte schlimme Auswirkungen für Millionen von Frauen und Mädchen. Sie hat an die Gesellschaft das Signal gesendet, dass der Staat kein Interesse daran hat, Frauen vor Gewalt zu schützen. Gewalt gegen Frauen und Femizide haben nach dem Austritt aus der Konvention noch mehr zugenommen. Der Täter eines besonders brutalen Femizids dankte sogar Erdoğan für den Austritt. Auch Repressionen und Schikanen gegen LGBTQ-Menschen haben zugenommen. Es wurden Hasskundgebungen organisiert und im staatlich kontrollierten Fernsehen zur Teilnahme daran aufgerufen.

FRAUENFEINDLICHE JUSTIZ – EINE KULTUR DER STRAFLOSIGKEIT

Bei Femiziden geben die Gerichte oft Strafnachlässe für die Täter, z.B. mit der Begründung, sie seien von der Frau „provokiert“ worden oder weil sie behaupten, sie hätten die Frau „aus Leidenschaft“ getötet. Die Täter geben meist den Opfern die Schuld, mit Erklärungen wie: „Ich habe sie geliebt, aber sie hat mich abgewiesen“ oder „Sie hat es verdient, weil sie mich betrogen hat“. Viele ermordete Frauen hatten schon längere Zeit



Protest gegen Frauenmorde

Gewalt von Seiten des Täters erlitten. Oft hatten sie sich sogar mehrfach an die Polizei gewandt, erhielten dort aber keinen Schutz. Viele Frauen wurden ermordet, obwohl dem Mann von einem Gericht untersagt worden war, sich der Frau zu nähern. Das Gesetz sieht zwar vor, dass Männer, denen der Kontakt zu den Frauen untersagt wurde, bei Verstößen inhaftiert werden können. Bei Missachtung der Schutzmaßnahme werden aber meist keine Sanktionen verhängt. Oft werden Femizide auch als Selbstmorde deklariert und von staatlichen Stellen nicht angemessen untersucht, selbst wenn die Gerichtsmedizin bei den Opfern für einen Selbstmord untypische Symptome feststellt.



Demonstration gegen das drohende Verbot der Frauenplattform

FRAUENRECHTSORGANISATION DROHT VERBOT

Eine wichtige Stimme gegen Femizide ist die Plattform „Wir werden die Frauenmorde stoppen“. Sie recherchiert und dokumentiert Morde an Frauen sehr sorgfältig und veröffentlicht monatlich Berichte zu Femiziden. Außerdem beobachten ihre Mitglieder Gerichtsverfahren gegen die Täter.

Auf Initiative des Gouverneurs von Istanbul wurde 2022 ein Verbotsverfahren gegen die Organisation eingeleitet. Ihr wird vorgeworfen, „die Familie unter dem Vorwand der Verteidigung von Frauenrechten zu zerstören“. Zuvor waren Beschwerden von Männern über die Plattform eingegangen, die sich über ihre Verpflichtung zu Unterhaltszahlungen an ihre geschiedenen Frauen und ihre Kinder beklagten.

MISSBRAUCH VON MÄDCHEN

Von der staatlichen türkischen Religionsbehörde wird die Auffassung vertreten, Mädchen dürften mit neun Jahren verheiratet werden. Im türkischen Recht ist zwar ein Mindestalter von 17 Jahren, in Ausnahmefällen von 16 Jahren für eine Eheschließung festgelegt. Auf Druck von religiösen Kreisen wurden aber von Imamen vorgenommene Trauungen legalisiert. Damit können die offiziellen Bestimmungen zum Heiratsalter leichter unterlaufen werden.

Ende 2022 kam ein besonders schwerer Fall von Kindesmissbrauch und Zwangsheirat an die Öffentlichkeit. Die Tochter des Gründers der radikal religiösen Hiranur-Sekte beschuldigte ihre Eltern, sie mit 6 Jahren nach islamischen Recht an einen 23 Jahre älteren Mann verheiratet zu haben. Die heute 24-jährige Frau, die öffentlich nur unter den Initialen H.K.G. bekannt ist, hatte der Staatsanwaltschaft geschildert, wie ihr Vater Yusuf Ziya Gümüsel sie im Jahr 2004 zwang, den damals 29-jährigen Kadir İstekli zu heiraten. Die Ehe wurde zunächst von einem Imam geschlossen, erst als das Mädchen 18 Jahre alt war, folgte die standesamtliche Trauung.

Als H.K.G. mit 14 Jahren ins Krankenhaus musste, bemerkte ein Arzt den Kindesmissbrauch und benachrichtigte die Polizei. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf, verlangte aber keine Geburtsurkunde, sondern ordnete eine Knochenuntersuchung zur Altersfeststellung an. Zu der Untersuchung wurde anstelle des Mädchens eine 21-jährige Frau geschickt und somit wurde der Fall abgeschlossen. 2020 erstattete H.K.G. Anzeige beim Staatsanwalt und legte Fotos von der „Hochzeit“ und Sprachaufnahmen von ihrem Ehemann vor, auf denen er die Heirat bestätigt. Die erste Anhörung fand am 20. Januar 2023 unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Staatsanwaltschaft fordert nun hohe Haftstrafen für İstekli und die Eltern von H.K.G.

Notwendig ist aber nicht nur die Strafverfolgung in Einzelfällen, sondern ein besserer staatlicher Schutz vor Kindesmissbrauch und der Verheiratung Minderjähriger. Erschreckend ist es, dass von einflussreichen religiösen Kreisen immer wieder gefordert wird, die Verheiratung von Mädchen im Kindesalter zuzulassen, da dies angeblich der islamischen Tradition entspricht.

Die folgenden Fallbeschreibungen basieren auf Medienberichterstattung und Informationen von Frauenorganisationen in der Türkei:

Die 29-jährige Krankenschwester **Şebnem Köker** stürzte am 7. Juni 2021 aus einem Fenster im 3. Stock einer Pension in Istanbul und starb. Sie war mit ihrem Freund Timuçin Beyhan in der Pension gewesen und aufgrund diverser Unstimmigkeiten wurde gegen ihn wegen Mordverdachts ermittelt. Trotz seiner widersprüchlichen Aussagen wurde er jedoch aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Nach Recherchen der Plattform „Wir werden die Frauenmorde stoppen“ sollen die Untersuchungen am Tatort mangelhaft gewesen sein. Untersuchungs- und Beweisanträge wurden abgelehnt, Widersprüche nicht aufgeklärt.



Kundgebung gegen den Mord an Mutlu Menekşe

Die 48-jährige **Mutlu Menekşe** wurde in der Provinz Manisa von ihrem Partner Necati Akpınar, mit dem sie seit einem Monat zusammengelebt hatte, ermordet und im Garten eines verlassenen Hauses vergraben. Die Tochter des Täters hatte dies herausgefunden und am 30. Dezember 2022 Anzeige gegen ihren Vater erstattet.

Gaye Yıldız, die Tochter von Mutlu Menekşe, berichtete, am Körper ihrer Mutter hätten sich neben den tödlichen Messerstichen auch viele Folterspuren befunden.

Necati Akpınar hatte zuvor 1984 seine damalige Ehefrau mit Messerstichen ermordet. Seine zweite Ehefrau hatte er 2003 erst mit einem Bügeleisen verletzt und als diese im Krankenhaus lag, ebenfalls mit Messerstichen ermordet. 2020 waren viele Gefangene – mit Ausnahme politischer Gefangener – aufgrund der COVID-Pandemie aus dem Gefängnis entlassen worden. Davon hatte auch Necati Akpınar profitiert, sodass er seinen dritten Femizid begehen konnte.

Ezgi Zerkin wollte sich von ihrem gewalttätigen Ehemann Deniz Özarslan scheiden lassen. Am 28. Juli 2022 kam ihr noch-Ehemann zu ihrem Arbeitsplatz und tötete sie mit einem Kopfschuss. Bisher wurde er nicht gefasst. Der Ehemann hatte mehrmals die Anordnung, sich seiner Frau nicht zu nähern, verletzt. Ezgi Zerkin beschwerte sich jedes Mal bei der Polizei, diese soll jedoch nichts unternommen haben.

FORDERUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL AN DIE TÜRKISCHE REGIERUNG:

- Frauen müssen Zugang zu einer 24/7 Hilfe-Hotline haben, die in Notfällen sofort aktiv werden kann.
- Es sind mehr Frauenhäuser in allen Regionen der Türkei notwendig und es muss sichergestellt werden, dass deren Adressen geheim gehalten werden.
- die Polizei, Verwaltungen und Justizbehörden müssen sicherstellen, dass Frauen Schutz vor Gewalt erhalten und vorbeugende Anordnungen umgesetzt werden.
- In allen Fällen von Gewalt an Frauen müssen die Täter mit strafrechtlichen Sanktionen belegt werden, die der Schwere der Tat entsprechen und abschreckend sind.
- Polizei und Angehörige der Justiz oder Verwaltung müssen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie Frauen den notwendigen Schutz versagen.

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als zehn Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Menschen auf der Flucht
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- für eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

www.amnesty.de/mitmachen

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit: www.amnesty.de/spenden

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E.V.

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de · W: www.amnesty.de
SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · Bank für Sozialwirtschaft · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, März 2023, V.i.S.d.P. Janine Uhlmannsiek
Titelfoto © Amnesty International / Kurtuluş Arı

twitter.com/amnesty_de [instagram.com/amnestydeutschland](https://www.instagram.com/amnestydeutschland)

[facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)

